

AUFWERTUNG FÜR WEN?



«Die städteplanerische Aufwertung steigert den finanziellen Wert von Böden, Häusern, Strassen und Plätzen ohne Rücksicht auf deren BewohnerInnen. Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen leben können und nicht bloss überleben müssen.

Für eine Stadt, die **von uns allen** gemacht wird – ohne Regierung, Verwaltung und Kapitalinteressen!»

Warum treffen wir uns heute auf der Strasse?

Wie viele wahrscheinlich bereits mitbekommen haben, passiert in den ehemals «verwahrlosten» Quartieren Basels so einiges – allen voran im St. Johann und im Kleinbasel zwischen dem Matthäusquartier und Kleinhüningen, aber auch auf dem Dreispitz. Häuser werden vollumfassend saniert, Wände werden von Graffiti und anderen «Schmierereien» befreit, Plätze werden neu gestaltet, neue Konsummeilen entstehen, junge, kreative Zwischenutzungen «erobern» ehemalige Industrieareale.

Und all das wird einem als positive Veränderung, hin zu einer weltoffenen, toleranten und innovativen Stadt, verkauft. Ein Hoch auf den Fortschritt!

«Kommt her ihr Investoren und Investorinnen, gebt Basel euer Geld, baut Häuser, baut Büros, baut Plätze, baut Spielplätze, nehmt Teil an der Realisierung einer grossen Vision. Der Vision einer völlig verwalteten, kontrollierten und deshalb tristen Stadt: Willkommen in Basel!»

Gerne ausgeblendet werden allerdings die Konsequenzen, die vor allem für Leute mit geringem oder gar keinem Einkommen mitunter schwerwiegend sein können: Steigende Mieten infolge von Renovationen und Neubauten führen zu Verdrängung an die Ränder der Stadt, die totale Verwaltung aller Räume zum Entzug eigener Initiative, die bis ins letzte Detail durchgeplante Architektur zum Verlust von Spontaneität, Wildwuchs und Unberechenbarkeit.

Während die Auseinandersetzung um diese Themen oftmals auf die simple Formel «Die Jugend braucht (mehr) Freiräume!» reduziert wird, soll an dieser Stelle noch einmal mit allem Nachdruck ge-

sagt werden, dass sogenannte Freiräume nur dann interessant sind, wenn sie eine längerfristige Perspektive bieten, wenn sie einem ermöglichen, etwas aufzubauen, einen widerständigen Anker zu werfen, der nicht so schnell eingeholt werden kann – weder von der Regierung noch von privater Seite.

Aber genug dazu.

Wir wehren uns gegen eine von oben bestimmte Ver- und Einteilung von Räumen, egal wem sie gehören. Ist es legitim, dass jemand, die nichts hat, aus ihrer Wohnung verdrängt wird – schlicht, weil die Wohnung nicht ihr, sondern der Stadt, der Novartis oder anderen Unternehmen gehört? Und auch nur, weil diese das Potenzial wittern, aus der Wohnung noch mehr Profit zu schlagen? So wie die Stadt von einigen wenigen entwickelt wird, begünstigt sie jene, welche bereits einen privilegierten Status in Form hoher Einkommen oder zugesprochener Eigentumsrechte geniessen.

Diese Entwicklung zeichnet sich auch im ehemaligen Hafenaerial im Klybeck ab: Die StadtentwicklerInnen der Regierung planen «grüne» Luxusüberbauungen mit unbezahlbaren Eigentumswohnungen, Einkaufsparadiese und leblose Parkanlagen für die Gutbetuchten – «Rheinhatten» soll es werden. Da die derzeitige industrielle Einöde am Hafen uninteressant für InvestorInnen ist, muss die Stadt aktiv werden, um den Standort bekannt und anerkannt zu machen. So wird es im Verlauf des Jahres viele von oben aufgegleiste Zwischennutzungen geben, die das Areal bevölkern, d.h. beleben, und damit attraktiv für Investitionen machen sollen.

Andere Beispiele wären die Expansion des Novartis Campus oder das neue Erlenmatt-Quartier, die jedoch nicht getrennt, sondern in einem gemeinsamen Kontext begriffen werden müssen.

Das alles ist nicht auf eine falsche Politik oder die Versäumnisse der Regierung zurückzuführen, sondern auf eine kapitalistische Logik, die sich in (nahezu) allen Bereichen europäischer Gesellschaften zeigt: Ein unsichtbarer Zwang, der dazu führt, dass Städte, aber auch Menschen und Dinge im Allgemeinen effektiv, originell, organisiert, produktiv, effizient und attraktiv sein müssen. Unsichtbar deshalb, weil wir alle tagtäglich mitmachen, funktionieren und uns an die Regeln halten – wenn auch nicht alle zu gleichen Teilen. Wer sich dem verweigert, fällt durch das Netz sozialer Akzeptanz.

Stadtentwicklung muss nicht zwangsläufig von einer Verwaltung, sei sie privat oder staatlich, ausgehen. Vielmehr sollte die Gestaltung der eigenen Umgebung von den Anwohnerinnen und Anwohnern ausgehen, die direkt betroffen sind. Warum nicht mehr Skepsis und Abneigung gegenüber denjenigen, die uns regieren und uns mit kosmetischen Partizipationsprogrammen ruhigzustellen versuchen?

Hinterfragen wir die Normalität, die uns vorgesetzt wird, anstatt sie gedankenlos zu übernehmen. Das gilt nicht nur für den (städtischen) Raum, sondern für alle Bereiche, in denen eine übergeordnete Instanz Entscheide für andere trifft.

***Der nächste Umzug findet am 9. Juni um 16 Uhr statt.
Treffpunkt ist die 11er-Tramhaltestelle
«Müllhauserstrasse» im St. Johann.***